

## **Beeindruckendes Engagement für Flüchtlinge auf der kommunalen Ebene**

### **EAK-Bundesvorstand besucht Berliner Flüchtlingsunterkunft**

**Anlässlich eines Besuches des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in der Berlin-Steglitzer Flüchtlingsunterkunft „Boardinghaus GIERSO“ erklärt der EAK-Bundesvorsitzende, PSt Thomas Rachel MdB:**

„Mit dem aktuellen Flüchtlingszustrom nach Deutschland und Europa stehen wir vor einer geradezu historischen Aufgabe und das ist überall in unserem Land spürbar. Als EAK-Bundesvorstand konnten wir uns in der Berliner Flüchtlingsunterkunft „Boardinghaus GIERSO“ ein direktes Bild von den vielfältigen Herausforderungen, Problemen und Aufgaben der kommunalen Flüchtlingsarbeit machen.

Dieser Besuch vor Ort hat uns abermals gezeigt: Es gibt viele Probleme zu lösen, aber auch viel Grund zur Zuversicht. Wir müssen die Sorgen der Menschen angesichts der enormen Flüchtlingszahlen politisch sehr ernst nehmen, dürfen ihnen aber auch nicht den Mut nehmen. Dankbar können wir auch zur Kenntnis nehmen, dass mit dem Namen Deutschland gegenwärtig kaum jemand noch Gewalt und Krieg verbindet, sondern nun Humanität und mitmenschliche Solidarität in den Vordergrund gerückt sind. Es ist sehr beeindruckend zu erleben, mit wieviel Engagement, Hingabe und Sensibilität sich hier wie auch andernorts in vielfältigster Weise und auf der konkret kommunalen Ebene um die Sorgen, Nöte und Belange der Flüchtlinge gekümmert wird. Bei unserem Bundesvorstandsbesuch wurde uns erneut deutlich: Deutschland hat starke Schultern und ist bereit, seinen Teil der Verantwortung zur Lösung der massiven Flüchtlingsbewegungen zu übernehmen. Doch kein Land, auch nicht Deutschland, kann eine solche Hoffnung alleine erfüllen bzw. in diesem quantitativen Ausmaß auf Dauer leisten.

Der EAK-Bundesvorstand erneuert deshalb seine Forderung nach einer gemeinsamen europaweiten Lösung des Flüchtlingsproblems. In ganz Europa muss sich nun erweisen, ob das

gemeinsame Fundament, das vor allem ein klares Wertefundament sein muss, ein auch für die Zukunft tragfähiges sein wird. Es darf nicht sein, dass Menschen in letzter Not vor Krieg und Terror nach Europa flüchten und einige Staaten der EU wegschauen!

Gleichzeitig wissen wir, dass eine rein gesinnungsethische oder gar moralisierende Debatte zu kurz greift. Wir brauchen eben auch den verantwortungsethischen Blick auf die Realitäten, der uns an die Grenzen unserer gesellschaftlichen Möglichkeiten erinnert, kurzum: Wir brauchen die gesunde Balance von Herz und Verstand.

Zu letzterem gehört vor allem auch die integrationspolitische Perspektive. Die Flüchtlinge müssen wissen, was wir von ihnen erwarten: Wer dauerhaft hier bleibt, muss unsere Sprache lernen sowie unser Wertesystem und die Regeln unserer Demokratie akzeptieren. Deshalb ist es sinnvoll, dass die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Staat und Migrant innerhalb des Rahmens eines künftigen Integrationspflichtgesetzes in verbindlichen Integrationsvereinbarungen abgeschlossen werden.“